

Ergebnis Wahl
 am 27. Juni 1911
 von 10 bis 12 Uhr
 im Saal des Saalkreises
 in Halle a. S.

Abrechnung
 vom 1. April 1911
 über den Betrieb
 des Saalkreises
 in Halle a. S.

Die neue Wahl
 am 27. Juni 1911
 im Saal des Saalkreises
 in Halle a. S.

Verantwortlich
 Herr Dr. G. G. G.
 Redaktion: Nr. 1047
 Expedition: Nr. 1047
 Postamt Halle a. S.

Volksblatt

Inserationsgebühr
 beträgt für die 6 Spalten
 wöchentlich über einen Monat
 20 Pfennig
 für auswärtige Anzeigen
 25 Pfennig
 Im Abonnement halbes Jahr
 kostet die Seite 75 Pfennig

Inserate
 für die halbe Nummer
 werden halbiert bis zum
 mittigen 10 Uhr in der
 Expedition aufgegeben
 ist.

eingetragen in die
 Postverzeichnisse.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

10 000 Mark Geldstrafe!

Arbeiter, pariert den Schlag!

Die Halle'sche Justiz ist dem Volksblatt auf den Fersen. Durch Verhängung von geradezu ungeheuerlich hohen Geldstrafen hat es die preußische Gerechtigkeitsschiffle bedient, daß innerhalb eines einzigen Jahres über 10 000 Mark an Geldstrafen und Gerichtskosten gezahlt werden mußten. Vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 mußten vom Volksblatt

10 248,09 Mark

gezahlt werden, um die erschütterte Gerechtigkeit des preußischen Massenrechts wieder herzustellen und das Wollen des erhabenen Rechts zu beweisen.

Die kämpfende Arbeiterklasse hat erfahren, daß die Verhängung furchtbar hoher Geldstrafen nicht auf Stelle beschränkt blieb, sondern daß überall, von Könnigsberg bis Düsseldorf, ganz ungeheuerliche Geldbußen zu büßten wurden, die bisher nicht erhört waren. 500 Mark, 800 Mark, 1000 Mark, 1200 Mark, 1500 Mark — die Steigerung geht weiter. Sie wird bald bei 2000 Mark angelangt sein.

Aber es darf und es wird nicht gelingen, die Arbeiterpresse weiß zu klugen!

Wohl sind die Opfer schwer, unerträglich schwer, die der unerschrockenen Kampfpresse der sozial und wirtschaftlich niedergebaltene Arbeiterklasse abgepreßt werden, jedoch findet eine geschichtlich zur Befreiung bestimmte Klasse auch stets wieder den entsprechenden Maßstab der Opferfähigkeit. Das ist das erhabene und gerechte Wollen der Geschichte. Wenn es die herrschenden Mächte begreifen könnten, so würden sie beachten müssen, daß jeder Druck einen stärkeren Gegenruck hervorruft, jeder Schlag

einen kräftigeren Gegenschlag erzeugt.

Die Sozialdemokratie hat das Stahlbad des fluchbeladenen Sozialistengesetzes schon in der Jugendzeit gekostet, hat es überwunden, ja hat aus ihm ihre gigantischen Kräfte gesaugt und damit den Beweis ihrer geschichtlichen Mission

erbracht. Ihrem historischen Wirken können keine Opfer Abbruch tun, denn durch Opfer sind die Millionen an ihre gewaltige Partei geteilt worden — und durch Opfer werden die neu zum politischen Erkennen gelangenden Massen an die Sozialdemokratie unloslich angegliedert! Deshalb wirken die hohen Geldstrafen des heutigen Kurzes auch nicht hemmend, sondern letzten Endes fördern auf die Schulung der Arbeiterklasse ein. Wir erheben kein Klagen und kein Murren über die dem Volksblatt, „an Rechts wegen“ abgenommenen Summen von „Arbeiteropfern“, das wäre läppisch, feige, unwürdig. Nein, wir

stellen diese Tatsache fest

und lassen sie in all ihrer aufreizenden Schärfe in der Öffentlichkeit wirken. Das treibt uns die Hirne und die Herzen der Massen zu, das brüht den Stachel der Empörung ins Gewissen des Arbeiters und strafft seine Nerven und seine Tatkraft, für sein verbotenes Blatt erneut und mit verdoppelter Eifer zu werden.

1000 neue Abonnenten

stellen eine Antwort von geralmender Wucht auf die Schläge der Justiz dar. Und es hat uns nicht an 1000 neuen Lesern gefehlt, sondern es sind eine ganze Anzahl neuer Tausende gewesen, die im belagerten Rechnungsjahre die Kraft und Wirksamkeit des Volksblattes gefühlt haben. Wir rüsten nun zum Reichstagswahlkampf und treffen alle Vorbereitungen, das Blatt der Sozialdemokratie zur schärfsten Waffe zu schmieden, die für die Rechte und die Weltung der Arbeiterklasse je gefochten hat. Deshalb ergoht

der Appell an die Genossen,

diese Waffe in den Massen des Volkes durch Ausbreitung wirksam zu machen.

Werbt neue Leser an! Sorgt dafür, daß die politisch indifferenten angeworben werden. Sagt den Frauen, daß wir auch für ihre allgemeinen Lebensbedürfnisse in gesteigertem Maße sorgen werden, indem wir den Belehrungs- und Unterhaltungsstil ausbauen und schon vom 1. Juli an nicht nur Sonntags, sondern auch Mittwochs eine Unterhaltungsbeilage geben.

Werben die denkenden Arbeiter mit neuer Kraft für ihr Volksblatt, dann wird Schritt für Schritt auf der Bahn gemacht werden können, die uns zu dem Ziele bringt, das Volksblatt zu einem wirklichen Volksorgan auszubauen, der nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Befreiungskampf führt, sondern auch in kultureller und künstlerischer Hinsicht die Arbeiter aufnahmefähig macht und bereichert.

Hand ans Werk! Arbeitet, werbt für die Arbeiterpresse! Bereitet die Anschläge der Feinde! Dient eurem Volksblatt!

Unglaubliches vom Vereins„recht“.

Es wird wirklich immer schöner in Preußen! Wie jetzt alleinstellen das ehmals kimmerische Vereinsrecht gehandhabt, ausgelegt und bernichtet wird, das steht beispielsweise in der Entwidlung des reaktionären Kurzes da. Halle wird teilweise noch übertrumpft. Da wird aus Heinrichs wade in Ostpreußen gemeldet, daß dort das Schöffengericht sogar bei der Verhandlung einer angeblichen Vereinsgesellschaft die Öffentlichkeit ausgeschlossen hat — wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“. Unglaublich. Der Fall liegt so:

In Heinrichs wade fand im Februar dieses Jahres eine sozialdemokratische Vertrauensmänner-Sitzung statt, in der beraten werden sollte, ob eine konservative Versammlung besucht und eine sozialdemokratische Versammlung einberufen werden sollte. Die Polizei hatte diese Sitzung als eine „öffentliche politische Versammlung“ angesehen und zwei Genossen mußten jetzt als Veranstalter und Leiter der „Versammlung“ auf die Anklagebank wegen „Lebretzung des Vereinsgesetzes“. Gleich nach der Feststellung der Personalien fragte der Amtsrichter den Anwalt, ob er nicht einen Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit stellen wolle. Und der Anwalt stellte auch den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, weil die Staatsicherheit gefährdet sei und weil sich im Zuschauerraum einige bekannte Sozialdemokraten befänden! Vergebens protestierten die Angeklagten. Das Gericht befandete nach kurzer Beratung folgenden Beschluß:

„Wegen Gefährdung der Staatsicherheit wird während der Dauer der ganzen Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.“

Die Zuhörer mußten den Saal räumen. Sie zeigten aber, daß sie Summe genug besaßen, um den famosen Beschluß von der hinteren Seite zu nehmen, denn sie klafften lächlich in die Hände. Wie durch Feuersaugen fischeltel wurde, hatte der Besizer des Saales, in dem die Sitzung stattfand, die Polizei benachrichtigt. Er ist darauf von dem Genbarmen beauftragt worden, in die „Versammlung“ zu gehen und, falls er gebudelt werde, davon dem Genbarmen Mitteilung zu machen. Ein Kaufmann hätte seinen Koffer hingestellt, um die Sitzung zu einer „öffentlichen Versammlung“ zu gestalten. Keiner der Versammlungsgegenstände vermochte anzugehen, ob über Polizei gesprochen worden sei. Der eine Reize sagte, ein Angeklagter hätte die Anwesenden ermahnt, keinen Schnaps zu trinken, da der Anwalt schon viele Leute unglücklich gemacht hätte. Der Anwalt mußte beantragen gegen jeden Angeklagten 20 Mark Geldstrafe, da eine unangenehme, öffentliche Versammlung stattgefunden habe.

Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde durch die Öffentlichkeit wieder hergestellt und dann das Urteil verurteilt. Es lautete auf 20 Mark Geldstrafe gegen jeden der Angeklagten. Wie es in der Urteilsbegründung hieß, wäre erwiesen, daß die Angeklagten etwaige Nichtmitglieder aufgebodet hätten, den Sitzungsraum zu verlassen. Der Verurteilten (es waren 15 Personen vorhanden) sei nur ein kleiner gewesen. Die Angeklagten hätten es wohl bemerken müssen, daß auch Leute zu den Verhandlungen gekommen wären, die nicht dem Sozialdemokratischen Verein angehörten. Die Angeklagten hätten aber nicht die Pflicht gehabt, Nichtmitglieder zurückzuweisen, sondern sie wären nur „schon“ vorgegangen, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen.

Einige Tage darauf fand vor demselben Gericht eine ähnliche Verhandlung statt. Jetzt sollten drei Genossen das Vereinsrecht übertreten haben. Diesmal wurde aber die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, und die Angeklagten mußten auch, obwohl der Anwalt gegen jeden 20 Mark Geldstrafe beantragt hatte, freigesprochen werden, da ohne jeden Grund Unflüge erhoben worden war. Den Antrag der Angeklagten, die ihnen entstandenen Kosten aus der Staatskasse zu erlesen,

wurde abgelehnt, da die Angeklagten „aus Mangel an Beweisen freigesprochen“ worden wären. Dem einen der Genossen ist ein Schaden von 60 Mark entstanden. Das wird in Ostpreußen das Vereinsrecht gehandhabt und „Recht“ gesprochen.

Wenn das so weiter geht, dann werden bald auch die letzten der indifferenten Arbeiter ausgerüttelt und — der Sozialdemokratie zugeführt sein.

Politische Ueberblick.

Halle a. S., den 27. Juni 1911.

Der Wahlrechtsantrag auf der Tagesordnung!

Der Antrag der Fortschrittler auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen steht nun endlich auf der Tagesordnung des ausgereinigten preußischen Dreiklassenhauses. Ob das Dreiklassenhaus aber wirklich auch am Dienstag dazu kommen wird, ihn zu beraten, wollen wir noch nicht positiv behaupten. Insofern nämlich noch das am Montag erst abgeschlossene Groß-Berliner und das allgemeine Zwerverbandsgesetz auf der parlamentarischen Speisekarte verzeichnet. Wenig schick und ausgerechnet auf national-liberalen Antrag wäre auch noch die rheinische Gefindeordnung vorher angeßt, was dann, wie Genosse Hoffmann andeutete, dem Zentrum die schönste Gelegenheit gegeben hätte, noch einmal die Schnelligkeit der Hüfte seiner Mitglieder zu erproben. Wie gesagt: ob nicht irgendwelche junkerliche Müde oder Herilale Lude bei den Zwerverbandsgelegenheit praktiziert werden wird, um eine Beratung des Wahlrechtsantrags zu hindern, steht dahin, trotz der herausfordernden Worte, die am Montag abend der König aller Preußen in Weim-Zichantans auftrug.

Doch immerhin: der Wahlrechtsantrag steht auf der Tagesordnung am Dienstag. Einen Antrag, ihn auf die Tagesordnung der Montagssitzung zu setzen, dem Genosse Hoffmann gleich zu Anfang der Sitzung dieses Tages einbrachte, ließ Kröner gar nicht zu. Aber unseren zweiten Antrag, den Anhebungsantrag Brandenstein („Reform der Geschäftsordnung“) abzulehnen wurde zwar abgelehnt, aber die Ablehnung, wie es sich richtig abgelehnt, wobei, wie es sich noch mehr versteht, die National-liberalen neben dem biederem Zentrum die Krönermehrheit formieren halfen. Die Montagssitzung brachte dann weiter die Annahme des Begegnungsgesetzes in agrarischer verfassungsmäßiger Gestalt, die einstimmige Annahme eines Antrags auf Unterbringung der Wahlwinger, die Zurückweisung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter an die Kommission und den Beginn der erneuten Beratung des vom Herrenhaus weiter verhandelten Groß-Berliner Zwerverbandsgesetzes. Gegen das Begegnungsgesetz stimmten sowohl die Fortschrittspartei als unsere Fraktion; aber die eigentümlich hausgarrige Begründung der freimüthigen Ablehnung durch Herrn Lippmann zwang den Genossen Liebknecht zu einer scharfen Reingehung dieses Verhältnisses. Ebenfalls Genosse Liebknecht legte die Gründe dar, die uns zur Ablehnung des Groß-Berliner Zwerverbandsgesetzes und nun nochmals in der Gestalt, die die preußischen Wähler ihm gegeben und in der die parlamentarische preußische Zentrum es annehmen will, nötigen. Zu Laufe der Geschäftsordnungsdebatte über die Festsetzung der Tagesordnung des Dienstags, wurde Genosse Liebknecht von Kröner durch einen Ordnungsruf gestört.

Die Junter als Ministerführer.

Die Konventionen treiben nicht Politik für logisch denkende Menschen. Es genügt ihnen, die Interessen der Junter zu vertreten, ohne sich darum zu kümmern, was die übrige Welt dazu sagt. Nur weil in unserer Zeit der Öffentlichkeit und des allgemeinen Reichstagswahlrechts Dispositionen über die Haltung der parlamentarischen Juntervertretung nicht ganz zu vermeiden sind, bequemt man sich dazu, gelegentlich einige Nebenarten der Rechtfertigung vom Stapel zu lassen, von denen man sich eine Wirkung auf den fähigen Weltne faum verhofft. So wird die Argumentation der konventionellen Junter immer leiser und oberflächlicher. Zum schättesten, was in dieser Beziehung geleistet wird, gehört, was man jetzt in parlamentarischen Zeitungen zur Entkräftung des Vorwurfs hieß, das Junterum treibe Ministerführererei.

Ministerführer ist nicht nur das Recht sondern unter Umständen die Pflicht jeder Partei. Denn jede Partei von den Konventionen bis zu den Sozialdemokraten will natürlich, daß nach ihren Grundsätzen regiert werde, keine Partei kann also die Tätigkeit eines Ministers, der gegen ihre Grundsätze regiert, für nützlich halten, keine kann wünschen, daß eine solche Tätigkeit ungemessen fortwähre. Wenn es in Deutschland immerhin überaus eine Partei gibt, die einwilen in ein Junterum hat, das die preußischen Wähler es höchstens die Sozialdemokratie, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl fügen kann, das nichts Besseres nachdenken wird, solange nicht mehr fällt als irgendein beliebiger Minister. Die bürgerlichen Parteien aber müssen samt und besonders den natürlichen Bund haben, auf der Regierungsbank Männer nach ihrem Herzen zu sehen. Wenn eine Partei die Gelegenheit fände, einen ihr nicht genehmen Minister auszuschließen und sie ließe die Gelegenheit ungenützt, so bediente sie sich damit nichts weiter als eine Tapferkeitsmedaille auf dem Rücken zu tragen.

Die Konfessionen kommen als Ministerkandidat nun freilich in die öffentliche Lage, um ihr Programm zu stellen, gegen ihr Programm handeln zu müssen. Als Ministerkandidat der absoluten Monarchie, als Gegner der Verfassungsrechte müssen sie sich zum Schein auf den Standpunkt stellen, als ob ihnen alles recht wäre, was der König durch seine von ihm ernannten Minister zu tun befohle. Eine monarchische Partei darf nach ihrer Theorie keinen Minister fürchten, weil der Minister vom König ernannt ist. Wie aber, wenn der König ernannte Minister gegen die Grundfälle handelt, die die konfessionale Partei für die richtigen hält? Wird die konfessionale Partei auch dann diesen Minister zu halten verstanden und ihm jene parlamentarische Unterstützung gewährt, ohne die eine Partei nicht fortsetzen kann? Ja, sagt die konfessionale Theorie, aber die konfessionale Praxis sagt hundertmal Nein!

Hier hat es der preussische Handelsminister mit den Junkern verstanden. Schon lange hanau-badischer Weingüter verdrängt hat Herr Eshow die Einführung des Reliquiensteuerrechts in den Fortbildungsstellen und die Unterstellung dieser Schulen unter das Kultusministerium bekämpft. Daß die Junker, die in der Verfassung der Fortbildungsstellen ein Mittel zur Verfestigung der Sozialdemokratie erblickten, Herr Eshow darob ärgerten, kann man ihnen nicht einmal ablehnen. Aber eine lächerliche Antifortsetzung ist es, wenn sich die Deutsche Tageszeitung und andere Blätter agrar-konfessionale Richtung gegen den „Bormur“ wehren, sie wollen den Handelsminister Eshow, ja, es ist nicht nur eine Antifortsetzung, sondern eine widerwärtige Beugel. Jeder Minister weiß, daß seine Tage gezählt sind, daß er — mit Herrn v. Egon-Sänger zu sprechen (siehe unten) — „vergesagt“ wird wie ein Ackerer, wenn er sich bei den berechtigten Interessen unbetätigt macht. Und kann er ein wenig staatsmännlich verhalten, ist er nicht weniger, daß die Junker ein Recht haben so zu handeln, solange ihnen die Macht dazu nicht fehlt. Aber diese ganz selbstverständliche und in zahlreichen Fällen geübte Praxis der konfessionalen Ministerkandidatur wird mit frecher Stirn abgelehnt, um die Gangstücken in der Regierung zu halten, Opposition sei ein Verbrechen und die Konfessionen seien die unbedingt zuverlässigen Stützen der regierenden Autorität.

Wie es scheint, wollen die Junker bei der Frage des Fortbildungsstellen eine Entscheidungsschlacht aus dem Wege gehen. Sie werden aber wohl am besten wissen warum. Herr Eshow wird aber eines Tages ein schon Ministerisches sein, er wird nicht wissen, wie so. Die Konfessionen werden unentwegt fortfahren zu streiken und zu streiken: Es ist nicht wahr, daß wir den Handelsminister Eshow gestützt haben, es ist nicht wahr, daß wir den Reichsanwalt Bilow gestützt haben, es ist nicht wahr, es ist nicht wahr!

Ein vorgelegter Anekdot.

Im Wahlkreis Rauenburg-Gerleben wurde ein konfessionaler Parteigänger v. Egon-Sänger in einer liberalen Wahlversammlung in Wiesbaden am Sonntag, nach der Königs. Gart. Ztg., das bemerkenswerte Eingangsreden:

Die konfessionale Partei habe den Kanzler Bilow gestützt, wie eben ein Bestzer seinen Anekdot weigere, der nicht das leichte, was man von ihm verlange.

Das ist wenigstens aufrichtig, denn bekanntlich haben die Konfessionen sich immer erstritten gegen die Behauptung verweigert, daß sie den Kanzler gestützt hätten. Im übrigen ist es nicht neu, daß die Junker so von den Ministern denken. Wenn Reichsminister Bilow IV. zu sagen pflegte: Die Minister sind meine Schwärmer, so heißt bei den Konfessionen: Die Minister sind unsere Anekdoten.

Was wird Anekdot? Das heißt dazu sagen, mit dem seine Herren in letzter Zeit auch nicht ganz zufrieden waren?

Keine Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Am 17. Mai unterbreitete der Vorstand des pommerischen Provinzialverbandes der Reichstagswahlkreise den preussischen Minister des Innern Vorschläge zur Sicherung des Wahlgeheimnisses auf den Reichstagswahlen. Die Eingabe ersuchte um Befreiung einer Wahlbezirk von 125 Wählern bei der Bildung der Wahlmännchen, durch die eine Kontrolle der Wähler ermöglicht werde.

Darauf antwortete v. Döllner am 18. Juni, die Bildung der Wahlbezirke und die Befreiung der Wahlterminen werde durch das Reichstagswahlgesetz und durch die Vorschriften des Wahlgesetzes geregelt, denen gegenüber es mir nicht zusteht, über diese Gegenstände generelle Anordnungen im Sinne der Wünsche des Delegiertenkongresses zu treffen. Auch bin ich nicht berechtigt, den nach § 13 des Wahlgesetzes vorgeschriebenen Kosten der Wahlverfahren der verpflichteten Gemeinden (Wahlbezirke) die Benutzung eines öffentlichen Gebäudes zu Lasten der Wahlmännchen auf Kosten des einheimischen Wählern zu gestatten.

Die türkische Familie.

Von Farbus.

Die kulturelle Wurzel der türkischen Reaktion liegt nicht in der Religion, sie liegt in der Familie.

Wohl widerspricht sich der Islam der Zivilisation, aber nicht mehr, als es das Christentum getan hat. Wer den Satz unterstellt, daß, solange die Türken dem Islam treu bleiben, sie niemals ein Kulturvolk werden können — eine Behauptung, durch die neben den Türken weitere 300 Millionen Mohammedaner getroffen werden — der möge sich doch daran erinnern, daß der Weg der Zivilisation in Europa von Scheiterbäumen begleitet war, die das Christentum errichtet hatte. Und noch jetzt ist die Kirche, die katholische sowohl wie die protestantische, der Hort der Reaktion.

Also die reaktionäre Gewalt des Islams, wie jeder Religion, soll durchaus nicht bestritten werden. Aber nicht das ist es, was der Reaktion in der Türkei, im Vergleich zu Europa, einen besonders starken Halt gibt. Es ist, wie schon erwähnt, die türkische Familie.

Das Wesen der türkischen Familie ist nun wiederum keineswegs die Polygamie.

Die Polygamie beschränkt sich auf das herrschende Haus und einige Ragnatenhäuser. In der königlichen Familie wird die Vielweiberei — Hunderte von Frauen! — seit Jahrhunderten mit politischer Weisheit gepflegt. Es soll damit verbunden werden, daß das Interesse des Herrschers sich an eine Familie und Nachkommenschaft binde. Es ist also derselbe politische Zweck, der auch dem Mensur in jugurnde lag. Die Weisheit mag der persönliche Zweck einzelner gewesen sein, die Kirche verfolgte mit den Weibern, mit dem Erbschaftsrecht der katholischen Geschlechter die Vererbung von der Familie. Derselbe wurde in der Türkei auf anderem Wege erreicht: dem des Weibes und der Verpflanzung des Interesses, indem man den Mann von einem weiblischen Hausen trennte. An

Staates, der Provinzen oder der Kreise an schaffen zu lassen.“ Daß bei den Wahlen „es durchaus zu vermeiden“ sei, durch Verwendung unzulänglicher Wahlgeschäfte und durch die Art ihres Gebrauchs Beschwerden über verurteilte Verletzungen des Wahlschweigens hervorzuheben, sei den wahlwerbenden Behörden schon früher wiederholt bemerkt worden und werde auch bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen wiederum in Erinnerung gebracht werden.

„Auf solche ministeriellen „Erinnerungen“ wird man dort, wo die Verwendung „unzulänglicher Wahlgeschäfte“ gewohnter Gebrauch ist, höchstwahrscheinlich auch diesmal mit jener bekannten Wendung antworten: „Der Minister kann uns sonstwas...“

Trennung von Staat und Kirche.

Der Fall des Barres Jatho aus Köln, der vom Spruchkollegium wegen Irreführung seines Amtes aufgeführt wurde, hat auch in der liberalen Presse den Wunsch nach einer gründlichen Revidierung der deutschen Kirchenpolitik neu aufleben lassen. Die Forderung der Trennung von Staat und Kirche wird da und dort mit großer Evidenz bestritten, und selbst die politisch weit rechts stehende Kölnische Zeitung meint ganz vernünftig:

Gätten wir die Trennung von Staat und Kirche in Preußen, so wäre uns der Fall Jatho und all die Bitternis erspart geblieben, die er im Gefolge gehabt hat, und wir würden auch nicht ähnlichen Fällen in der Zukunft entgegengehen.

Die Entkatholisierung der Kirche, die Entkirchigung des Staates wäre eine Befreiung für beide Teile. Aber alle der Befreiung sind nun einmal bei den Konfessionen und dem Zentrum ganz allgemein ängstlich unbeliebt. An den Kopf der Nationalliberalen in Sachen einer liberalen Kirchenpolitik wird man solange nicht glauben können, als diese Partei den Konfessionen und dem Zentrum die Ehre hält, als sie Preußen das gleiche Wahrrecht und dem Reich die so dringend nötige Neueinteilung der Wahlkreise verweigert.

Eine Regierung, die sich die Trennung von Staat und Kirche zum Ziel setzte, würde dabei, unbeschadet aller grundsätzlichen Gegenstände, auf die entscheidende Unterstützung der Sozialdemokratie in diesem Punkte zu rechnen haben. Ohne die Sozialdemokratie ist natürlich eine solche Politik überhaupt nicht durchzuführen. Wer Sammelpolitik treibt, wer durch Erhaltung von Wahlkreis und Wahlkreisrecht den Anteil der Sozialdemokratie an der parlamentarischen Macht zugunsten der politisch und kirchlich reaktionären Parteien künstlich zu schwächen sucht, kann es auch in der Kirchenpolitik über einige sehr „liberale“, aber völlig folgenlose Lebensarten nicht hinausbringen.

Zwei Urteile der Militärjustiz.

Das Oberkriegsgericht der Hofkammer in Kiel hatte am Mittwoch über die Verurteilung eines Heizers vom Zintenschiff Weiskalen zu befinden, der vom Kriegsgericht des ersten Geschwaders in Wilhelmshaven wegen tödlichen Angriffs auf Vorgesetzte zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte im hiesigen Kaufschiff verurteilt worden. Der Vorgesetzte verweigerte, seine einen Obermann ein Bein gestellt und auf den Fuß getreten, gegen einen anderen Obermann war er mit dem Kopf angeknüpft. In der schiedsrichterlichen Stellung des Marinekriegsgerichts, der Angeklagte zur Weibung überzogen worden war, wurde festgestellt, daß sein Großvater im Weltkrieg gestorben, sein Vater ein Trinker und im Armenhause untergebracht und er selbst teils im Weibshaus, teils von seinem Onkel erzogen worden sei. Die Zeugenaussagen des Onkels und anderer Feststellungen ergaben, daß der Angeklagte, wenn er betrunken ist, vollständig bewußlos handelt. Der Sachverständige, Oberstabsarzt Dr. Schmidt, behauptet, daß die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß der Angeklagte in einem krankhaften Kaufschiff gehandelt hat. Das Gericht aber entschied, daß weder die Wahrscheinlichkeit, noch die Möglichkeit besteht, daß der Angeklagte im pathologischen Zustand gehandelt habe, er sei für seine Tat voll verantwortlich. Das Urteil lautete auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. — In demselben Tage hatte das Kriegsgericht der ersten Marineinfanterie über einen Torpedobootsmann vom Schiffsführer Friedrich Karl abzuurteilen, der einen Matrosen mit dem Fuß in das Gesicht getreten hatte, daß der Getretene starke Schmerzen verspürte, und hatte ihn ins Spinnennetz. Das Urteil lautete auf zwei Tage Gefängnis. — Da wird der Sozialdemokratie immer von den Patrioten antimilitärische Agitation vorgeworfen, und sie hat es bei solchen Urteilen der Militärjustiz wirklich nicht nötig, antimilitärische Agitation zu betreiben.

beiden Fällen war das Ergebnis **Cliquenwirtschaft und Intrigenspiel**.

Die türkische Bevölkerung von Konstantinopel ist monogamisch. Auch in der Provinz und unter dem Bauerntum wird die Vielweiberei in dem Maße zur Seltenheit, wie der Materialismus der landwirtschaftlichen Verhältnisse revolutioniert. Ziemlich früher war nur den Bauern der Besitz mehrerer Frauen ein Reichtum, wie der Besitz von Arbeitstieren. Mit der fortgeschrittenen Baulerhebung des bäuerlichen Lebens wird dieser Reiz zu einer Last.

Monogamisch, wie in Europa, besteht aber die türkische Familie aus einer viel größeren Anzahl von Personen. Wenn man durch den Haremraum, bleibt der Blick an der langen Front der türkischen Häuser haften. So ein Haus mit seiner langen Reihe von Fenstern, die übrigens durchweg von feinsinnigen Holzgittern verhängt sind, erinnert an eine Kaserne oder Schule. Es ist auch eine Art Kaserne. In der Mitte der nicht gedeckten Vorhöfe, um diesen herum in mehreren Etagen Gänge und Zellen. Man braucht viel Räume; denn so eine türkische Wohnung umfaßt 20 und mehr Personen. Fremde werden nicht zugelassen, das ist alles die eigene Familie. Der Sohn kehrt ins Haus, nur das Mädchen kommt aus dem Hause. Es ist der Ehrgel der Tünnen, die gesamte vielgliedrige Familie in seinem Haushalt zu haben. So bildet sich eine komplizierte Haushaltung mit einem strengen Familienregime.

Es ist mehr als eine Familie — ein Geschlecht, eine Gens. Die Gens hält in einem um so größeren Umkreise und um so starrer zusammen, je höher die soziale Stellung einzelner ihrer Mitglieder ist. Je jemand unter ihnen hoher Staatsbeamter, so bildet die Unverwundbarkeit bis in das entfernteste Bild hoffnungslos auf ihn, und es ist für ihn geradezu ein moralisches Gebot, sie zu fördern. Das umfaßt dann eine ganze Anzahl solcher Geschlechtsangehörigen und selbst eine große politische Macht. Denn jedesmal, wenn eines Mitglied der Gens, das im sozialen Vorkommen steht, in Gefahr gerät, stellt sich die Gesamtheit der Geschlechter in Bewegung,

Deutsches Reich.

— Der Reich im Hansabund. Die dem Zentralverbande deutsche Industrie nächstehende schaftsmächtige Post teilt in ihrer Abendausgabe vom Montag mit:

„In manchen Rundgebungen wurde der Austritt (Hölgers) sogar als ein Gewinn“ für den Hansabund bezeichnet. Wir können heute einen weiteren solchen Gewinn des Hansabunds verzeichnen. Es ist nämlich der Austritt des Bankiers Ludwig Delbrück, Mitglied des Herrenhauses, der persönlich und für seine beiden Brüdern Delbrück, Schifter u. Ko. und Gebrüder Delbrück den Austritt aus dem Hansabund erklärt hat.“ Weiter hat die Post von einem rheinischen Großindustriellen erfahren, daß die gesamte rheinisch-westfälische Großindustrie“ aus dem Hansabund ausstritten werde.

Das ist sicher richtig. Die entscheidende Großindustrie solidifiziert sich in reinerlicher Eichelei für sich selbst und macht damit den Hansabund zur unipiden und berufenen Interessentenvereinigung der Börse und des Großhandels.

— Die konfessionale Denunziation gegen Professor Wilbrandt. Die agrarisch-konfessionale Presse führt bekanntlich wieder über den Professor Wilbrandt in Lüdingen her, weil er in einem seiner Werke Äußerungen geäußert, die man als sozialistisches Glaubensbekenntnis ansah. In nachdrücklicher Weise verlangte die Presse daß Wilbrandt, dieser kaisliche Lehrer, aus seinem Amte entfernt werde. In der Schul- und Kultusdebatte im württembergischen Landtag wurde am vergangenen Sonntag diese Denunziation von dem sozialdemokratischen Redner Demmann zur Sprache gebracht und der Nationalliberalen interpretiert, wie er sich zu den Angriffen der Westlicher reaktionären Presse stelle. Kultusminister v. Nisch-Bauer erklärte, die Ministerie auf dem Ministerium dochfalls, Professor Wilbrandt seien nicht erst durch die sozialdemokratische Presse bekannt geworden. Er gebe die Versicherung ab, daß er alles tun werde, um der Lehrschrift der Univeritätsprofessoren zu hüten und zu schützen gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Die Erklärung wurde von den ganzen Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

— Verhinderung der Feuerwehren. Bekanntlich lehnte der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag ab, der eine Aufnahme der Feuerwehren unter die Versicherung der Reichsfeuerwehren forderte. Der Ausschuß der baltischen Landesfeuerwehren befaßt sich deshalb mit der Forderung für die freiwilligen Feuerwehmer, die bekanntlich auch bei der Wasserversorgung, bei Eisenbahnunfällen usw. in Hilfstätigkeit treten. Man will die Gemeindeverwaltungen zu einer Haftpflichtversicherung veranlassen, beim Landtag wegen der Unfallversicherung der außerhalb des Branddienstes verwendeten Feuerwehren vorzugehen und beim Reichsfeuerwehrenverband eine Anregung geben zur reichsgesetzlichen Regelung. Die Unterstufungskasse des Landes tritt nur bei Unfällen ein, die bei Liebhungen und im Branddienst selber entstehen.

Frankreich.

Die Neubildung des Ministeriums wurde dem Präsidenten Fallières auf Anraten von Monis dem Finanzminister Caillaux übertragen. Die meisten Zeitungen halten ein Ministerium Caillaux für sicher. Neben dem Generalpräsidenten des Senats werden auch Poincaré und Millerand als etwaige Minister des Außeren genannt. Das Kriegsressort soll Etienne oder Chodet angeboten werden. In gegenwärtigen parlamentarischen Gruppen, namentlich in den Gegnern des Proportionalwahlrechts, wird noch immer auf ein Ministerium Clémenceau gehofft. — Die Regierung Caillaux wird, sobald sie ernannt ist, sich bemühen, die Budgetberatung zum Abschluß zu bringen, um durch die Beratung des Parlaments bis zum Oktober Zeit zu gewinnen. — Was bis jetzt über die Namen der einzelnen Minister verlautet, ist lediglich Kombination, obgleich an „bestimmterrichteter Stelle“ behauptet wird, daß das neue Ministerium unter Monis Caillaux bereits gebildet sei. Delcasse behält das Marineressort und Poincaré wird Minister des Außeren.

Paris, 27. Juni. Eine ganze Reihe von Abgeordneten hat ihre Abtunung bezüglich der Interpellation, die den Fall des Ministeriums Monis herbeigeführt hat, geändert, so daß das im Amtsblatt veröffentlichte Resultat statt der Mehrheit von 24 Stimmen eine Majorität von 5 Stimmen für die Regierung ergibt. Das definitive Resultat ist demnach 241 zu 238 Stimmen.

Für die Wahlreform.

Paris, 27. Juni. Die der Kammermajorität vom 22. Juni angebrachten Abgeordneten stellen geltend eine Verammlung, die am 22. d. Mts. die Majorität bilden, verlangen, daß ihre Wahl durchgeführt werde und die neue Regierung die Wahl

um ihn zu schützen. Das geschieht blind, samatisch und mit der größten Selbstauflöpfung. Die Gens hat ihre weitzergreifende, Fühler, um eine Gefahr zu erfassen oder einen Vorzug zu erfassen, sie trägt und schützt ihren Mann, wie ein maffiges viertarmiges Polypentier.

Darum gestaltet sich der Kampf der jungen Tünnen gegen die alten Staatsbeamten so schwer. Denn es ist ein Kampf nicht bloß gegen einzelne, es ist ein Kampf gegen Geschlechter.

Da haben wir schon ein wichtiges Moment, wie die türkische Familie die Reaktion ist.

Von noch größerer Bedeutung war für ihr moralischer Einfluß auf die heranwachsende Generation.

Jede revolutionäre Geschichtsperiode erzeugt einen Kampf der jungen gegen die alte Generation. In Europa mit seiner Einzel-Familie ist das ein Kampf der Söhne gegen die Väter. In der Türkei aber laßt nicht bloß eine, es laßt mindestens zwei Generationen auf dem Nachwuchs. In der gemeinsamen Haushaltung wachsen die Kinder unter dem Regime der Eltern und Großeltern auf.

Der moralische Einfluß der Großeltern, der absterbenden Generation kann sogar der meistbestimmende bei der Erziehung der Kinder sein. Denn die Väter, die tätige Generation, sind meist außer dem Hause, sie werden durch andere Interessen abgelenkt. Die Großeltern dagegen bleiben auf Hause und konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Haushaltung und die Kinder. Durch das Alter der Erziehung des Geistes befaßt, sind sie starr in ihren Ansichten; sie folgen der Tradition und haben in allen Dingen feste Regeln, sie lächeln deshalb den Fortschungsgeist der Jugend und können ihn in alte Wege.

So groß ist dieser Einfluß der türkischen Familie, daß selbst Männer von 30 Jahren, hervorragende Geister, trotz europäischer Studien, mehrjähriger Anwesenheit in Europa, noch in ihrem Vorne stehen.

Eine große Rolle im Sinne der Verfestigung der reaktionären Gewalt der türkischen Familie spielt die Frau, die selbst ihr Opfer ist. Doch dies ist eine Frage für sich.

Unser Saison-Räumungs-Ausverkauf

beginnt **Sonnabend** den 1. Juli.

Ein Ereignis

bedeutet dieser Verkauf
wegen der grossen
Preiswürdigkeit **Gebotenen**

Nussbaum

**Glänzende
Gelegenheits-Posten**
in allen Abteilungen, so
dass jeder Einkauf eine
wirkliche Ersparnis bedeutet

Sozialdemokratischer Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Mittwoch den 28. Juni von nachm. 3 Uhr im Volkspark:

1. Kinderfest,

bestehend aus Konzert, Umzug mit Musik und den verschiedensten Unterhaltungsspielen.

Der Eintrittspreis beträgt pro Person 10 Pf.

Eintrittskarten sind von heute ab in der Buchhandlung, Partei-Sekretariat, Harz 42/43, sowie im „Volkspark“, Burgrasse 27, gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zu haben.
Der Vorstand.

Allg. Konsum-Verein, Halle.

Wegen Inventur bleibt die

Verkaufsstelle **Diemitz**

Donnerstag den 29. Juni geschlossen.

Der Vorstand.



Hallescher Kohlenhof, Halle a. S.

Walter Trolle

Kontor u. Lager: Doltzschstr. 81 :: Tel. 1439

empfiehlt sich zur Lieferung von

Briketts, Grudekoks, Nasspreßsteinen, Plättkohle,

westfälisch. Schmiedekohle, Steinkohlenkoks

zu billigsten Tagespreisen.

Als Spezialität:

Herdkohlen für Hotels.

Der Verkauf

in der **ersten Etage**

bringt durch **Ersparung**

hoher Bodenmiete

ganz **erhebliche Vorteile**

bei jedem Einkauf

in der **Wäsche-Fabrik**

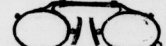
Sternfeld,
Gr. Ulrichstr. 20, I. Etage,
neben leihfähigem Laden.
Mitglied d. Abz. Spar-Ver.
5% Rabatt.

Sicherheits-Spiritusplatten

empfiehlt

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.



Richard Fleming,

Halle a. S., Schmeerstrasse 22.

Optische Anstalt.

Große Auswahl, billige Preise.

Solide Familien

erhalten sämtliche Wäscheartikel,

Gardinen, Kleiderstoffe, Hüten,

Kindertücher, Knabenanzüge u.

in nur reeller Ware, auch auf

Zeitzahlung

bei **F. Gronau,** Warfstr. 16,

Wäsche- u. Bekleidungs-Geschäft.

Nach noch neuer Hundebogen

ist zu verkaufen

Körnerstrasse 12.

Annahme - Angebot.
Rob. nussf. f.
Wohnzimmer
1 mob. Schrank .. 70.-
1 " Bettsofa .. 70.-
1 " Stuhl .. 25.-
1 " " .. 45.-
1 " Stühle à 5.50 .. 22.-
1 " Tisch .. 80.-
.....
A 322.
— Gelbfarbig, moderne —
Küche
Komplette Einrichtung .. 75.-
Schlafzimmer
billig, in allen Breiten.
Großes Lager erfüllt Arbeit
in alle Wohn- u. Speisezimmer
" " Schlafzimmer
" " Wohnzimmer
Telephon 2873.
Gebr. Kruppenkötter,
Gr. Ritterstr. 4.

Aktuell.
**Die Sozialpolitik der
Sozialdemokratie.**
Eine sehr zeitgemäße und
wertvolle Broschüre des
Halleischen Arbeitersekretärs
Friedrich Kieck.
Jeder Arbeiter muß diese auf-
klärende Arbeit in eigenen
Interesse lesen.
Preis nur **25 Pfennig.**
Zu beziehen durch alle An-
träger und durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Feilenhauerei
umfangreicher, bei geringer An-
zahlung, zu verkaufen, eventuell zu
verpachten. Übernahme muß am
15. Juli c. erfolgen.
Joe. Kutscher,
Dietersleben a. B.
Futterkartoffeln
ca. 300 Ztr. Mittwoch eintreffend,
in Ähren u. einzelnen Centnern
billigst bei
R. Goedicke, Martinstr. 25.
— Fernruf 2802. —

**Bandwurm mit
Rosp!**
Verschiedene Arten habe ich gemacht,
um den lästigen Bandwurm los zu
werden, aber alles vergeblich: Ich ließ
mir daher die Bandwurmmittel
Molluscina liefern, welches von vor-
züglicher Wirkung war, und bereits
Jahren hiermit meinen kranken Kindern
aus und werde deshalb sehr, das
Mittel weiter zu empfehlen. Koch-
schokolade Emma Schöpp, 81.
Klosterstr. im Hof 110. Mollu-
scina 1 Gramm 2.50 M. f. Kind.
1.50 M. f. Erwachsener in den Apotheken
Engel-Apothek, Steinrückstr. 6,
Hofmann-Apothek, Markt 17,
Hofmann-Apothek, Merseb. Str. 20,
Witten-Apothek, Bräuerstr. 17.

Leihhauspfänder jeder Art
besorgt prompt und diskret
Frau Scheer, Grasweg 3b, p. 1.

Grösste Schonung der Wäsche
beim Gebrauch von
**Dr. Thompson's
SEIFENPULVER**
1/2 & Paket **15 Pfg.**

Hilfe für Magenkranke,
selbst bei vorerhaltenen Magen- und Darmleiden, sowie Leber- und Gallenerkrankung bringt das **Priestley-Magnesium-Superxyd** infolge seines Gehaltes an aktivem Sauerstoff, der die Verdauung fördert, den Stoffwechsel reguliert und Darmigkeit entfernt. Preis: Mk. 1.—, 2.— und 3.50. — In allen Apotheken käuflich. — Prospekt gratis durch Hauptniederlage: **Bahnhofs-Apothek, Halle a. S.**

Gasherd-Anzünder
45 Pfg.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Standsamtliche Nachrichten.
Halle-Süd (Steinweg 2) 26. Juni.
Aufgehoben: Arbeiter Stolze und Minna Möller (Vennhieb und Sperlingsberg 1), Schloffer Müller und Margarete Schäfer (Gr. Braubaustr. 13 und Torstr. 22), Art. Zint u. Auguste Gollmann (Halle a. S. u. Deutsch-Wilmersdorf).
Geboren: Bertram Gerdau aus Giesleben T. (Klinik), Kaufmann Edl. S. (Kronendorfer 3), Arbeiter Stolze T. (Rudwigr. 1), Schloffer Gieselaub T. (Martinsstr. 9), Arbeiter Schneider T. (Sohnenstr. 40), Bauarbeiter Koch T. (Torstr. 22), Statistiker Bob E. (Landsbergerstr. 62), Klaviermacher Kochrein Sohn (Thomaststr. 47).
Storben: Kaufmanns Eberius (Hofstr. 2), Kaufmann geb. Danow, 43 J. (Königstr. 12), Tischlers Drobig S., 9 Monate (Töpferplan 6), Arbeiters Schotte T., 11 Monate (Sohnenstr. 40), Müllers Peter S., 2 Monate (Hofstr. 172), Schloffer Schreiber aus Stolberg (Hofstr. Auguste geb. Hoff, 61 J. (Klinik), Student Lehmann aus Diemitz, 18 J. (Klinik), Witwe Quentzsch geb. Neuge, 57 J. (Brennerstr. 10), Bergmanns Gerdau aus Giesleben T., 1 1/2 J. (Klinik).

Gesang-Verein „Vorwärts“ - Bitterfeld.
Am 25. d. Mtz. starb nach kurzer Krankheit unter weicher Tagesbräune
Gustav Winder
im 47. Lebensjahre.
Sein allseitig treues und eifriges Betreiben im Verein, steht ihm ein lebendes Andenken. Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Mittwoch 1 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder am Begräbnis ist erwünscht.

Danf.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben, unvergesslichen Frau, unserer guten, treuherzigen Mutter, sagen wir allen, welche uns bei dem grossen Verluste zur Seite standen, auf diesem Wege unseren innigsten Dank.
Halle a. S., den 27. Juni 1911.
Paul Hagemann u. Kinder.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unserer lieben Entschlafenen
Klara Nauke, geb. Geheb,
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Demn. Pastor Fischer für seine trostreichen Worte ebenfalls herzlichsten Dank.
Halle a. S., den 28. Juni 1911.
F. Nauke und Kind.

Wohnungs-Anmeldung.

Unterszeichneter ist verzogen

VON (Ort, Straße u. Hausnummer)

nach (Ort, Straße u. Hausnummer)

und erfucht um Lieferung des Volksblattes in die neue Wohnung ab 1. Juli 1911.

Name (recht deutlich)

Für die Inserate verantwortlich: Rob. N. a. n. e. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. G. r. o. s. s. e. h. t. u. N. ä. h. n. i. g. — Sämtl. i. Halle a. S.

Deutscher Gewerkschafts-Kongreß.

O. B. Dresden, den 26. Juni.

In Anwesenheit von 388 Delegierten, die 278 806 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, und in Gegenwart der Delegierten der gewerkschaftlichen Landeszentralen der Schweiz, Oesterreichs, Ungarns und Schwedens, sowie des Generalsekretärs vom Parteivorstand ist heute im Saale des Tibaldi der Achte deutsche Gewerkschaftskongreß zusammengetreten, um seine für die deutsche Arbeiterbewegung hochwichtigen Beschlüsse zu fassen. Im 9½ Uhr vormittags eröffnete Reichstagsabgeordneter Genosse Legien namens der Generalkommission den Kongreß. Er führte, nach einer Begrüßung der deutschen und ausländischen Delegierten und nachdem er mitgeteilt hatte, daß die gewerkschaftlichen Landeszentralen Englands und Dänemarks, die an einer Delegation teilnehmen wird, dem Kongreß den Ausdruck brüderlicher Solidarität übermittelt haben, aus:

Die letzte Berichtsperiode hat uns einen so enormen Fortschritt gebracht, daß unsere in Hamburg ausgeprobenene Form, die zweite Million bald zu überschreiten, noch überflüssig worden ist. Der Mitgliederstand ist seit Ende 1910 von 2 017 000 auf 2 278 000 gestiegen. Auch die Finanzverhältnisse unserer Gewerkschaften haben sich in gleicher Weise entwickelt. Die Gesamtmaßnahmen sind in der Berichtszeit von 45½ Millionen auf 64½ Millionen, der Reinertrag von 14,8 auf 22,8 Millionen gestiegen. Aber es wäre Selbsttäuschung, wollten wir uns beruhigen, daß die Organisationen der Unternehmer vielfach noch stärker gestärkt sind. Bis vor wenigen Jahren beobachteten die Unternehmer eine Abwehrhaltung, sie sind jetzt zur Angriffslust übergegangen. Sie sehen nach Möglichkeit den Anlauf der Tarifkämpfe für eine große Zahl von Gewerben auf eine gleiche Zeit fest, und wenn die Arbeiter dann nicht dringungslos auf die Vorhölzer der Unternehmer für die Neuvergebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehen, dann kommen große Ausperrungen, wodurch man die Finanzkraft unserer Organisationen zu brechen hofft. 1910 ist ein Kampfjahr gewesen wie bisher kein. Auch dieser Entwicklung können wir mit aller Sicherheit nur so erklären, daß wir noch sehr schwere Kämpfe entgegensehen und daß das Unternehmertum insbesondere an Ausperrungen noch alles weitaus überlegen wird, was wir bisher erlebt haben. In all diesen Kämpfen sind wir auf die eigene Kraft angewiesen. (Beifall Zustimmung.) Das hat sich nicht nur bei der Erzielung der Reichsversicherungsreform und in der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen Hygieneausstellung in Dresden gezeigt. Durch die Zurückweisung unserer Ausweisung hat die internationale Hygieneausstellung eine Tendenz bekommen, die Kämpfe zur Schönfärberei. (Stimmliche Zustimmung.) Entweder will man die Dinge so darstellen, wie sie sind, oder man läßt die ganze Veranstaltung fallen.

Der ganze Vorfall ist ein neuer Beweis für den ungeheuren Einfluß des Unternehmertums. (Allgemeine Zustimmung.) Nun treten wir in unsere Kampfarbeit ein und wir hoffen von ihr, daß sie die Einheitsfront und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung in Deutschland fördern und kräftigen wird, damit endlich Zustände eintreten, wo nicht mehr die Staatsgewalt jedem Willen des Unternehmertums folgt, sondern wo sie auch genötigt sein wird, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. (Beifall Beifall.)

Mit einer warmherzigen Rede ließ dann Stadtverordneter und Arbeitersekretär W. B. den Kongreß im Namen der Gewerkschaften Dresdens willkommen.

Die Konstituierung des Kongresses vollzieht sich rasch. In Vorständen werden nach dem Vorschlag abgewählt: Leubert, Schilde und Legien gewählt; zu Schriftführern Schneider, Hofkärbeiter, Josephson, Kaufmann, Hefschel, Müller, Dober, Transportarbeiter, Mühs, Schneider, und Krüger, Legienarbeiter.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Bräuer (Berlin), Altvater (Stuttgart), Engelbrecht (Leipzig), Glode (Berlin), Wender (Eberfeld), Krause (Chemnitz) und Runge (Berlin). Die Geschäftsordnung wird genehmigt und die Arbeitstagung vom 3-4 Uhr geschlossen.

Die Tagesordnung wird festgelegt:

Wochenberichtsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: Legien.

Erklärung einer gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Unternehmungskasse. Dieser Punkt ist in die provisorische Tagesordnung eingefügt worden, nachdem die Verhandlungen mit den Gewerkschaften soweit geendet sind, daß das Projekt einer Selbstversicherung dem Kongreß vorgelegt werden kann, das der ungehörigen Ausbeutung der Arbeiter durch Privatversicherungsanstalten ein Ende bereiten soll.

Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorschlag zu einem Strafgesetz. Referent: Dr. Heinemanns-Berlin, Deutscher Arbeitersekretär und Landesbevollmächtigter. Referent: O. Deichmann-Bremen.

Arbeiterkassen und Arbeiterversicherung. Referent: Robert Schmidt-Berlin.

Arbeitslosen- und Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Paul Umbreit-Berlin.

Die Stellung der Privatangehörigen im Wirtschaftsleben. Referent: F. Lange-Hamburg.

Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Referent: J. Sassen-Berlin.

Verabreichung sonstiger Anträge.

Es wird die Empfehlung einer aus den Anführergruppen zu wählenden elfgliedrigen Redaktionskommission beschlossen.

Vorsitzender Schilde: Wir alle hoffen, daß unser langjähriger Vorsitzender Homburg bald ganz hergestellt ist und daß er wieder präsidieren kann. (Beifall.) Es folgen Vorschläge von Eberbergs-Schweden, Pöppert-Oesterreich, Zassai-Ungarn und Kaufmann vom Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Der Wochenberichtsbericht der Generalkommission.

Legien beruft einleitend auf die regelmäßige schriftliche Berichterstattung an die Zentralvorstände und auf den ausführlichen Bericht.

Der Hamburger Bericht bezüglich der Landarbeiter und der ausangestellter Konsumvereine ist ausgeführt worden. Diese Organisationen erscheinen nicht im Bericht, zum Teil, weil sie nicht überall das Koalitionsrecht haben — gewerkschaftliche Arbeit können sie trotzdem sehr wohl

betreiben, nur ist sie an den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gebunden. Wir haben gar nicht darauf geachtet, in so kurzer Zeit 12 000 reine Landarbeiter zu organisieren. (Bravo!)

Die Erfahrungen mit der Erfassungsziffer sollten uns zu großer Vorsicht mahnen. Werden dadurch die Arbeiter eines Ortes materiell ungenügend beliefet, so erlaubt die Agitation.

Ueber unsere Unterrichtsfrage gab es verschiedene Auseinandersetzungen. Eine Vereinigung von Gewerkschaftsschule und Parteischule entspricht meines Erachtens nicht dem verständigsten Charakter der beiden Schulen. Der Zweck dieser Kurse ist nicht die volle Ausbildung des Teilnehmers. Ihm mußte der Weg sein, den Teilnehmer den Weg zur vollen Ausbildung zu zeigen.

Was die Vereinigung unserer Lehrkräfte betrifft, so halten wir uns ausschließlich an die wissenschaftliche und fachliche Eignung. (Sehr richtig!) Sogar die Parteischule kann sich dahin entwickeln, daß ein Wissensgebiet behandelt wird, für das kein sozialdemokratischer Lehrer zur Verfügung steht. Namens der Generalkommission habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Für die Vereinigung und Inanspruchnahme der Vortragenden in den Unterrichtsfragen soll allein der Inhalt maßgebend sein, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind und die Materie wissenschaftlich einwandfrei behandeln. Voraussetzung muß jedoch sein, daß volles Vertrauen der Kursteilnehmer zu dem Vortragenden vorhanden ist, damit nicht durch mangelndes Vertrauen der Erfolg in Frage gestellt wird."

Dieser Erklärung haben sich die Zentralvorstände angeschlossen. In den regelmäßigen Teilnehmerbesprechungen ist nie irgend etwas gegen die Maßnahme gesagt worden.

Ich glaube, daß Sie mit dieser unserer Haltung einverstanden sein werden. (Zustimmung.)

In der Statistik haben wir manche Berührung mit den Sozialisten gehabt. Ich glaube es fest an den Sozialismus, als daß ich durch Berührung mit den Staatsbeamten an meiner Überzeugung Schaden nehmen könnte. (Sehr richtig.) Freilich ist die amtliche Statistik vielfach nicht geeignet, unsere Mitarbeiter zu fördern. Der frühere Leiter des Statistischen Reichsamts, Geheimrat Wilhelm, hat mir selbst gesagt: Wir haben dieselben Empfindungen wie Sie, wir wissen, daß wir in der Statistik nicht allzuviel vorfinden. (Sehr richtig.) Der Mann ist tot, deshalb darf ich es ja ergreifen, ohne ihm zu schaden. Man verfolgt mit der Statistik immer noch die Tendenzen der Zukunftsvorhersage. (Sehr richtig.)

In der Statistikfrage wurde nach Ablehnung der pommer'schen Basis durch den Rinnberger Parteitag eine neue Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften in Leipzig genehmigt. Akzeptieren Sie sie womöglich ohne Diskussion. Nach ein paar Jahren werden wir ja sehen, ob Änderungen nötig sind.

Zwischen der Generalkommission und einzelnen Parteiorganen und Parteischülern sind etliche Differenzen gewesen. Aber zwischen Parteivorstand und Generalkommission besteht vollste Einmütigkeit.

Cohen-Berlin beantragt, dem Kassierer Kube die Entlohnung zu erhöhen, da die Revisionen laienhaft bedient gegeben haben.

Die Diskussion.

Mehrere Anträge werden zurückgegeben, so die auf Veränderung der Partei- und Gewerkschaftsschule, auf Veränderung der Parteiverfassung und auf Veränderung der Parteiverfassung auf dem nächsten Internationalen Kongreß, die meisten Anträge werden nicht genügend unterstützt.

Ein Antrag auf Einsetzung einer elfgliedrigen Kommission für die Angelegenheiten der Gewerkschaftsschule wird genehmigt.

Cohen-Berlin empfiehlt und begründet folgenden Antrag:

Bei Ausperrungen, deren Abwehr infolge ihres Umfangs nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Wichtigkeit entsprechender Beitrag zu erheben. Jedoch muß bei der Beitragsfestsetzung ersparend der finanziell geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern gemacht werden. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinausgehen. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen."

Winnig-Hamburg: Wir haben unseren Antrag auf Ausbau der Gewerkschaftsschule gestellt, bevor wir wußten, wie sich Legien in dieser Frage verhalten würde. Nachdem er gesprochen, errietet er uns um so notwendiger. Der inhaltliche Kern unseres Antrages ist die Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Kurse, dahin, daß die Dauer der Kurse vermindert und die Zahl der Teilnehmer verringert wird. Jeder, der einen gewerkschaftlichen Kursus besucht hat, wird mit mir der Ansicht sein, daß ihre Verlängerung durchaus geboten ist. Jetzt muß in weniger Wochen ein so gewaltiger Unterrichtsstoff zusammengebracht werden, daß die Schüler nicht fähig sind, sich bei jedem Punkte so zu konzentrieren, daß sie dauernden Gewinn von Interzessen haben. Legien hat dagegen eingewendet, man müsse nicht, was mit den Schülern geschehen soll, wenn sie sechs Monate ihren Beruf entgegen würgen. Die Anträge selber haben nicht an einen solchen Sprung auf sechs Monate gedacht. Nur die allmähliche Verlängerung der Dauer der Kurse um 14 Tage oder 4 Wochen streben wir an. Der Einwand, was mit den Schülern geschehen soll, erledigt sich durch den Hinweis auf die Parteischule. Diese wäre mit ihrem sechs-Monatskursen ja in gleicher Verlegenheit. (Zuruf: Ist sie auch!)

E. Dittmer-Berlin: Unser Verband hat die Anordnung getroffen, daß jeder Schüler einen schriftlichen Bericht mit kritischen Anmerkungen über seinen Aufenthalt an der Gewerkschaftsschule erstattet. Wenn jede Gewerkschaft ebenso handeln würde, wäre sie bald im Stande darüber, was der Gewerkschaftsschule fehlt.

Kloth-Berlin: Der Antrag des Zentralvereins der Bildhauer ist eine allgemeine Streikunterstützungskasse, die von der Generalkommission verwaltet wird, zur Unterstützung solcher Streiks, die von den betroffenen Verbänden allein nicht durchgeführt werden können, scheint mir, wenn man überhaupt

über die Köhler Resolution in dieser Frage hinausgehen will, den Vorschlag vor dem Antrag der Berliner Metallarbeiter zu verbinden.

Cetrud Hanna-Berlin: Es kann vielfach vorkommen, daß Männer unter den Arbeiterinnen in der Tat agitativer wirksamer sind als Frauen. Die Arbeiterinnen nehmen in vielen Betrieben eine untergeordnete Stellung ein, der Mann ist der Vorgesetzte, und wenn er agitiert, wirkt er besser.

Legien (Kassierer): Gleich allen Rednern habe auch ich keine Kritik an der Generalkommission zu machen. Wir suchen für unsere Anerkennung aus. Einwendungen sind bei auch mit der besten Absicht in der notwendigen Absicht der mitterer recht scharfen Angriffe aus manchen Parteikreisen. Wir lassen uns von unseren Kursteilnehmern schriftlichen Kritik erklären. — Der Antrag der Metallarbeiter würde meines Erachtens zur Folge haben, daß der Beitritt der freiwilligen Solidarität in der Zukunft große Hindernisse bereitet werden. Sie sagen, das sei nicht ihre Absicht, aber die Generalkommission würde feststellen müssen: es wird jedenfalls gebraucht, das wird auf die Verbände verteilt; wo Geld vorhanden ist, wird es aus den Kassen genommen, und die Möglichkeit, daß ein guter Freund, ein Nachbar, ein verdorbener Beruf einmal extra etwas tun könnte, wird in der Zukunft fehlen. Ueberlegen Sie sich daher den Antrag der Metallarbeiter gründlich.

Girbig (Kassierer): Auch wir haben unter der Ausweisungskasse etwas zu leiden. Die Unternehmer bemühen sie direkt, um die Arbeiter von Lohnfaktoren abzuführen. Erst in den letzten Tagen hat man uns Streifen ausgeschrieben. — Die Frage der Beteiligung mit der Parteischule ist noch nicht spruchreif, ich hoffe aber, daß der Tag auskommen wird.

Stühmer (Schneider): Mit Cohen bin ich ganz einverstanden. Ueber Legiat stellte es in den Vorstandskonferenzen so hin, als ob sein allein alle Organisationen auf ihre Rechnung genommen wären. Dagegen muß ich protestieren. Ich wäre etwas tun könnte, wird in der Zukunft fehlen. Ueberlegen Sie sich daher den Antrag der Metallarbeiter gründlich.

Girbig (Kassierer): Auch wir haben unter der Ausweisungskasse etwas zu leiden. Die Unternehmer bemühen sie direkt, um die Arbeiter von Lohnfaktoren abzuführen. Erst in den letzten Tagen hat man uns Streifen ausgeschrieben. — Die Frage der Beteiligung mit der Parteischule ist noch nicht spruchreif, ich hoffe aber, daß der Tag auskommen wird.

Stühmer (Schneider): Mit Cohen bin ich ganz einverstanden. Ueber Legiat stellte es in den Vorstandskonferenzen so hin, als ob sein allein alle Organisationen auf ihre Rechnung genommen wären. Dagegen muß ich protestieren. Ich wäre etwas tun könnte, wird in der Zukunft fehlen. Ueberlegen Sie sich daher den Antrag der Metallarbeiter gründlich.

Legien (Schlußwort): Die Generalkommission ist von keiner Seite kritisiert worden. Man wird zugeben müssen, daß die jegliche gegenseitige Kritik trotz der guten Meinung Legiens lange nicht genügt, um die in Aussicht gestellten Schritte führen zu können. Wir müßten mit dieser gegenseitigen Hilfe auch Kämpfe abbrechen, die für die Gesamtarbeiterwelt von Interesse waren, weil nicht genügende Unterstützungsmittel zur Verfügung standen. Diese Fragen sind übrigens nicht geeignet, so öffentlich beraten zu werden. Der Gewerkschaftskongreß kann ja die einzelnen Organisationen nicht binden; er kann nur den Wunsch aussprechen, daß eine Entscheidung in einem gewissen Sinne fälle. Es wird praktisch sein, wenn Sie den Wunsch, wie die Metallarbeiter von Berlin vertreten überlassen. Sonst ist nur über die Interzessenfrage etwas zu hätte er, wie ich glaube, die Unterfertigung des Protokolls nicht gefunden. Es ist in ihm ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission und die Konferenz der Parteivorstände enthalten. Ich bitte, den Antrag hinweg abzulehnen, liegt das Bedürfnis für eine Änderung vor, so haben Sie den Weg, und das Vertrauen zu den Vorständen wird wohl noch vorhanden sein, daß er die Sache so macht, wie es notwendig ist. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Es folgt die Abstimmung.

Der Generalkommission wird dem Kassierer Kube eine Besondere Kritik. Der Antrag Winnig auf Ausbau der Gewerkschaftsschule wird abgelehnt. Der Antrag der Gewerkschaften auf Förderung der Organisation der Hausangestellten wird einstimmig angenommen. Ueber den Antrag des deutschen Metallarbeiterverbandes, halbjährlich Offenbach a. M. auf weitere Förderung der Arbeiterjugendbewegung wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem der Vorsitzende Schilde erklärt hat: der Antrag untersteht nur, was der Gewerkschaftskongreß in Hamburg bereits beschlossen hat. Die Anträge der Bildhauer und der Printer und Göttinger Metallarbeiter über die Streikunterstützung werden der nächsten Konferenz der Verbände übergeben.

Die Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

In sechs Resolutionen liegen die Vereinbarungen vor, die die Generalkommission mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffen hat. Sie betreffen für die Gewerkschaften die Behandlung der Gewerkschaften, ihrer Tarife und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaufträgen und Vergütung von Arbeiten. In der vierten Resolution werden die gewerkschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder umgrenzt. Die fünfte Resolution handelt von der Vergütung von Lohnlois und die sechste vereinbart eine Stellungnahme zur Reorganisation von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Der Referent Bauer-Berlin erläutert die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Die Resolution über die Arbeiterjugendbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Gewerkschaften mangelt der Hinweis auf die Arbeit den Boden entgegen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderjahren steht. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Köhler Kongreß erlassen hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereinen zu empfehlen, bei Lieferungsbestellungen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach mandant zu bedürftig. Ueber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmitglied. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften hat sich sehr gut entwickelt und Verbesserungen waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in gewerkschaftlich organisierten Betrieben arbeiten, durch die Konkurrenz von nicht organisierten Betrieben in die Lage kommen, ihren Lohn zu verlieren. (Beifall.)

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 27. Juni 1911.

Öffentliche Frauenvermählungen.

Eine Reihe von Frauenvermählungen findet in den nächsten Tagen in Halle und dem Saalkreis statt. Die Genossenschaftsvereine in Halle und dem Saalkreis sind bereit, die Vermählungen zu übernehmen. Die ersten Vermählungen finden bereits heute, Dienstag abend im **Veren Dreier, Merseburgerstraße** und am **Mittwoch** im **Saalhaus** von **Dreierhaus** in **Dendorf** für die **Christlichen Arbeitervereine** und **Luise** statt. Die Genossinnen und Genossen mögen für einen recht starken Besuch der Vermählungen agieren.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis.

Aus dem Stadtparlament.

Nieder mit den Arbeiterforderungen!
Die gestrige Sitzung hat wieder ein für unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung höchst bedauerliches Bild. Ueber ein Duzend Tagesordnungspunkte, mit zum Teil sehr hohen Geldbewilligungen, wurden ohne große Debatte sämtlich erledigt; als aber zum Schluß Wünsche von Arbeitern zu beraten waren, da wehrten sich die bürgerlichen Herren mit Händen und Füßen gegen irgendwelche feilen, zügelnden Beschlüsse. Gestern fanden am Schluß der Sitzung zwei Petitionen von Arbeitern zur Beratung.

Beitrag des Gemeinbedienstetenverbandes auf Erhöhung der Löhne

Der städtischen Arbeiter und Einsetzung von Arbeiterausschüssen wurden vom Stadtvater Sommer namens des Petitionsausschusses Leberwegung in den Magistrat als Material beantragt. Als Grund gab er an, daß schon eine Petition des Gemeinvereins zur Berücksichtigung überwiesen sei, daß man aber vor allem nicht der Forderung dieser Petition zustimmen könne, daß die städtischen Arbeiterhöhe generell um 30 Pf. pro Tag erhöht werden sollen.

Stadtvater Osterburg erwiderte dem Herrn sehr treffend. Er wundert sich, daß gerade der Herr Sommer als städtischer Angestellter hier gegen eine allgemeine Lohnerhöhung auftritt. Bei der Erhöhung der Gehälter der Lehrer und Beamten habe man im Vorjahr nicht von einer Differenzierung der Zulage geredet, sondern eine allgemeine Zulage gefordert und erhalten, und mit dem gleichen Recht könnten jetzt die Arbeiter diese Forderung stellen. Die Zulage von 30 Pf. pro Tag sei das mindeste was jetzt gewährt werden müsse. Auch der Erhöhung von Arbeiterausschüssen könne man sich in der Zeit der Großbetriebe nicht mehr widersetzen. Er beantragte die Überweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Stadtvater Fiebig stellte noch die Notwendigkeit dieser Lohnerhöhung im einzelnen auseinander, und betonte, daß einige städtische Werke ja schon durch die freiwillige Zulage in der gemeinsamen Höhe die Forderung als vollberechtigt anerkannt hätten. Die Stadtväter Fiebig, Kühme und Sommer wandten sich gegen den Antrag Osterburg. Sie scheuen die hohen Mehrkosten, wollen nicht jedem Arbeiter ohne Unterschied die 30 Pf. bewilligen und meinen, daß doch bisher eine Einführung von Lohnstufen gefordert sei.

Stadtvater Osterburg rechnet den Herren vor, daß die Zulage für jeden Arbeiter pro Jahr nur 100 Mk. ausmache und betonte nochmals, daß man bei Lehrern und Beamten eine solche Erhöhung zugestimmt habe. Die Einführung der Lohnstufen bei der allgemeinen Erhöhung auch absolut nicht im Wege. Es müsse jedoch, eine allgemeine Lohnerhöhung und ein Ansteigen der Löhne bei längerer Beschäftigungszeit, bewilligt werden.

Stadtvater Fiebig unterstügt diese Forderungen und bringt dann einen Fall zur Sprache, in dem ein alter Arbeiter nur deshalb auf kurze Zeit entlassen werden sollte, damit er nicht die ununterbrochene 5 jährige Dienstzeit bei der Stadt vollbekäme, mit der er als feinstaltig gelte. Solche Praktiken seien schärf zu verurteilen.

Stadtbaurat Lammers weigert sich auf diese Angelegenheit einzugehen.

Nach einer weiteren kurzen Debatte wird der Antrag Osterburg gegen vier Stimmen abgelehnt und die Petition dem Magistrat als Material überwiesen.

Einen noch tolleren Verlauf nahm aber die Behandlung der

Petition der ausgepöbelten Steinfeiler

auf Inangriffnahme der fälligen Pfahlarbeiten. Stadtvater Sommer beantragt da, namens des Ausschusses, Leberwegung zur Tagesordnung, da die Stadt in solche Kämpfe nicht eingreifen dürfe. Die in der Petition erhobenen Vorwürfe, daß das Bauamt parteiisch verfahren sei, wären nicht berechtigt. Die Ausschreibung von Arbeiten konnte nicht erfolgen, weil die Unternehmer teilweise keine Arbeiter hätten.

Stadtvater Sommer entgegnete darauf, daß sich bei den Steinfeilmern die früher so heftig bekämpfte Inangriffnahme zur Schöpfung der Stadt zeige und der Magistrat unterliehe dieses Verfahren. Die Arbeiter hätten die Einigung durch das Gewerkegericht oder durch ein Schiedsgericht auswärtiger Meister zu erreichen versucht; aber die Meister lehnten alles ab. Eine Schlichtung des Kampfes sei nur durch Eingreifen der Stadt möglich, da sie die einzige sei, die hier Arbeiten verberge. Gehe man über die Angelegenheit zur Tagesordnung über, so billige man die Ringbildung der Steinfeilmern, die sich damit später für ihren jetzigen Schaden an der Stadt schadlos halten würden. Mindestens müßte die Petition dem Magistrat zur Erwägung übergeben werden, da doch starke städtische Interessen an dem Spiele lägen.

Herr Fiebig hielt nun eine fleißigüberlegungsreiche Rede darüber, daß 63 Pf. Stundenlohn genug sei und das man doch nicht in einem fort billigen konnte. Die Sozialdemokraten könnten sich sagen mehr, mehr, mehr! Der behalte denn das nachher? Doch die Stadt Halle. Wir zahlen und sie reden nur!

Diesem Temperamentsausbruch und dem ähnlich gearteten Zwischenspruch des reichen Herrn Reichardt gegenüber erklärte

Stadtvater Sommer: Die Arbeiter zahlen nach ihrem Einkommen im Verhältnis genau so viel Steuern, wie die Wohlhabenden. Die Arbeiter zahlen nach dem Maß, was sie ihnen infolge der Lohnabgabe der Unternehmer jeder Feinheit beisteuern, während die Wohlhabenden sich sehr gut zu drücken wissen. — Die Bürgerchaft habe ein großes Interesse daran, daß die Pfahlarbeiten in der Stadt schnell und gut erledigt würden. Deshalb wird dem Antrag auf Erwägung zugestimmt werden, damit der Magistrat sogleich eingreife.

Aber ohne weitere Aufklärung stimmten die bürgerlichen Herren die Petition nieder. Sie wurde durch Leberwegung zur Tagesordnung erledigt. Arbeiter, merkt euch das, wie auf's neue die Stadtverwaltung geizig hat, daß sie nicht schließend vor ausstehende Mehrkosten stellt, aber Arbeiterwünsche unbeachtet, höhnlächelnd in den Papierkorb wirft! Mache bei den Wahlen!

Von den übrigen Tagesordnungspunkten ist zu berichten:

Unter den Eingängen befand sich eine Mitteilung des Petitionsausschusses, daß die von der Stadt bewilligten 500 Mk. zu freien a 50 Mk. verwendet worden sind. Der Magistrat habe in seinem Schreiben ihnen mitgeteilt, daß das Geld zu Ehrenreisen bewilligt sei. Stadtvater Fiebig stellt nun fest, daß der Magistrat die Bewilligung der Ehrenreisen nicht richtig angefaßt habe.

In den Verfügungen zu einer Interpellation darüber, ob hier baldigt zum Bau eines Krematoriums geschritten werden wird, stellte ich heraus, daß bei der Anlegung des Vorhof-Friedhofs, wo das Krematorium errichtet werden soll, sich Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Grundstücke ergeben haben. Die Arbeiterwünsche zögern die ganze Anlage, wozu aber Stadtvater Sommer erklärt, daß nach Mitteilungen, die ihm geworden sind, die Arbeiterwünsche sehr übertrieben dargestellt worden wären.

Für die Anlage des Hauptfriedhofs, der die Abwässer der Stadt von der Vorburg an bis nach Trella aufnehmen soll, wurde eine Reihe Vorschläge gemacht und dem Petitionsausschuss das Entgegenkommen für ein geeignetes Grundstück für einmalige Sammelkosten benötigte Änderungen. Entgegen soll werden die dem Gemeindefiskus von Wagners gebörige, in der Gemarkung Lein gelegene Fläche von ca. 350 qm Größe, die dem Gemeindefiskus ebenfalls gebörige, in Trella gelegene Fläche von ca. 1100 qm Größe, und ein dem Gartenbesitzer Schriber, Zägerplatz Nr. 19 gebörige Parzelle von 24 qm Größe.

Verträge mit der Firma G. Jenisch und der Saalhofbrauerei über die ihre Grundstücke freuzugänglichen Anlagen zum Hauptfriedhof, fanden ebenfalls die Zustimmung.

Die Petition der Arbeiterwünsche über die Veranlassung für die Ausführung des Hauptfriedhofs in der Trosther Straße vom Demmlerplatz bis zur Brauereistraße nicht Regensack in der Saalweide und Moritzstraße 41000 Mk. bereitwilligen.

Nach einem Verträge muß die Stadt der Gemeinde und der Demmler Straße eine Wasserleitung legen, an die auch Kröpffstraße, Leinstraße und Moritzstraße angeschlossen werden sollen. Die Wasserleitung soll von dem Gemeindefiskus bezahlt werden. Es wurde deshalb der Vorlage zugestimmt. Die Kosten belaufen sich nach den Voranschlägen des städtischen Bauamtes für die Zulassung auf 44000 Mk., für die Dorfleitung auf 14500 Mk. Als Beitrag zu diesen Kosten sind von der Gemeinde Lein und dem Gemeindefiskus 5000 Mk., also 10000 Mk. zu zahlen, so daß von der Stadt 45000 Mk. zu tragen sind. Die 7 1/2 prozentige Verzinsung der Baukosten soll das Wasserwerk, so lange und inwieweit aus dem Kanalabwässerungsgebühren ersetzt werden, als sie nicht durch den Verkauf von Wasser aus der Leitung gedeckt wird.

In der Arbeiterwünscheveranlassung ausgegangenen Vorlage über die Befestigung einer Straße durch das Jenisch'sche Grundstück am Richter ist auch die Verberterung der Straße zwischen Richter und Steinmühlstraße von 16,5 auf 18 Meter beantragt. Die Straße bildet einen Hauptverkehrsstrahl und hat auch den städtischen Grundbesitz durch die Straße zu durchschneiden. Es wurde nun beschlossen, die Steinmühlstraße, der Neubau bereits von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt worden ist, ebenfalls eine Breite von 18 Meter statt der im Entwurf vorgegebenen von 16,5 Meter zu geben. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten belaufen sich nach dem vorgelegten Kostenvoranschlag auf 30000 Mk.

Dem Antrag der Handelsgehilfen (Herr Jenisch auf Befestigung einer Straße durch ihr Grundstück am Richter Nr. 11/2 wurde zugestimmt. Der Plan sieht eine Verbindungsstraße zwischen der projektierten Heberstraße und der Straße nach der Garten und eine platzartige Erweiterung der Straße nach der Heberstraße.

Im Interesse der weiteren Erledigung des Vorhabens wurde das Gelände zwischen Kröpffstraße und Heberweg ein Bauabnahmeplan aufgestellt. Der Plan sieht zugleich die Aufhebung der Abgänger der Heber- und Trosther Straße zwischen Heber- und Heberweg.

Schließlich wurde noch beschlossen, dem Restaurateur Hermann Schriber, hier, auf sein Gebot von 14000 Mk. jährlicher Miete für die Reibst-Neuauktion den Zuschlag zu erteilen und daß der mit Ende dieses Jahres ablaufende Vertrag über Abminderung von Kleinstmietwörtern im Innern der städtischen Straßenabwässerung nicht wieder erneuert wird.

In der gestrigen Sitzung wurde die Stadt Halle an Stelle der früheren 27 Schiedsmannbesirke in 36 solcher Bezirke eingeteilt; gleichzeitig wählte die Versammlung 29 Schiedsmänner und ebensoviele Stellvertreter. — Ein jährliches Aufgebot von 617,40 Mk. billigte das Kollegium dem arbeitsunfähigen Bauaufseher Louis Fiebig; seine jährliche Pension wurde auf 1600 Mk. — Die Petition des früheren Kriminalpolizisten Wittensbacher auf Erhöhung seiner 1000 Mk. betragenden Pension um 100 bis 150 Mk. wurde durch Leberwegung zur Tagesordnung erledigt. — Anstellung als Bureauhilfen ernannt: Max Böge, Alfred Kuntzner und der Student Reinhold Heberich.

Die Berliner Arbeiterfänger im Kollaps

Erkenntlicherweise macht sich auch unter den Arbeiterfängern, die auf dem Boden sozialdemokratischer Weltanschauung stehen, das Bedenken nach engem Zusammenkollaps, nach Verfolgung zu großen Gefahren immer stärker geltend. Schwindet dadurch einmal die gefangene Leistungsfähigkeit der Geister, so wird gleichzeitig auch das Sozialistische Bewußtsein der Arbeiterfänger besser gepflegt und gestärkt. Diesem Zweck dienen neben der Erholung, der gerade der Arbeiter an dringenden bedürftig ist, auch die Sängerkreisen. In Berlin auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes auf die Vereinigung kleinerer Männervereine zu einem großen Chorverband hingewirkt zu haben, dieses Verdienst darf vornehmlich der Chorleiter Emil Wittenz, wohl die erste größere Anerkennung, nach Verfolgung seinen 30 Mann starken Chören unternehmen hatte. Der Versuch gelang in der Hauptstadt den Leipziger Arbeiterfängern. Auf dem Hinwege nach Berlin begriffen, hatten sie am Montag nachmittags noch für kurze Stunden bei dem Halleischen Arbeiter-

Wirtschaftlichen Vertrieben beschäftigt waren, vorgehen wollten, ohne vorher die Angelegenheiten sorgfältigen Anlaufes anzugehen. Es bedurfte erst des Eingetretens der Zentralinstanzen, um die Arbeiter vor nicht zu kläglichem Scheitern zu schützen. Die Resolution 4 stellt genauermassen die Gegenleistung der Gewerkschaften an die Genossenschaften dar. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaftsbewegung die Pflicht hat, die Genossenschaftsbewegung durch Beitritt und Propagierung auf das tatsächliche zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollen besondere Propagandakommissionen, wo es nötig ist, eingesetzt werden.

Die fünfte Resolution betrifft die Verbindung von Volkswirtschaft. Sie ist die logische Folge des Vertragsverhältnisses zwischen Gewerkschaften und Zentralverband. Der Volkswirtschaftlich nicht nur die Fabrikannten, er kann noch viel mehr die Genossenschaften schädigen, die einen großen Lager der kapitalistischen Waren halten. Deshalb soll nun dann über die Beziehungen der Konsumvereine ein Boykott verhängt werden, wenn von dem Vorstand der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Gewerkschaftskommission eingeholt ist und wenn die von der Gewerkschaftskommission angrenzende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Die sechste Resolution schließlich nimmt Stellung zu der Neugründung von industriellen Arbeitergenossenschaften, von Produktivgenossenschaften. Es wird daran erinnert, daß die über den städtischen Wohnen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großkapitalgesellschaft ist und daß die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes und der Großkapitalgesellschaft sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Die Errichtung von Produktivgenossenschaften kann nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewahren, wenn für eine tadelmännische Leitung und ausreichendes Vertriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist.

Nedmer Hoff, daß die Resolutionen vom Kongress glatt angenommen und bald in Kraft treten, das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften zu fördern. Beide haben das Ziel, die Arbeiterklasse dem Kapitalismus gegenüber kampffähiger zu machen. (Beifall und Beifall.)

Die erste und zweite Resolution werden einstimmig angenommen. Resolution 3 wird angenommen und ebenso Resolution 4.

Bei Resolution 5 beantragt Fiebig einen Zusatz, wonach den Vorständen der in Frage kommenden Genossenschaften zur Feststellung der Beziehungen an Konsumvereine ein Vorkonferenzverzeichnis auszugeben ist. Es ist bei Volkswirtschaft vorgeschrieben, daß erst im letzten Augenblick bekannt wurde, daß die vom Volkswirtschaft getroffenen Vorkonferenzen gleichfalls Vorkonferenzen von Konsumvereinen waren. Das Amendement wird, nachdem Herr Sommer (Generalkommission) es unterstügt, auf Verlangen von Bauer der Generalkommission zur weiteren Verhandlung mit dem Zentralverband überwiesen und die Resolution 5 dann angenommen.

Bei Resolution 6 (Produktiv-Genossenschaften) wünscht Schneider-Erfurt (Fabrikarbeiterverband), daß die Organisationsfrage, solange sie nicht selbst zur Eigenproduktion des Papiers übergehen können, unbedingt darauf zu sehen, das Papier nur von solchen Unternehmen zu kaufen, in denen den Arbeitern das Wahlrecht gewährt wird.

Wahlfrage: In der Resolution wird nur die Druckerei der Genossenschaften als die einzige in Betracht kommende erwähnt. Die Parteiverordnungen, die so viel für ihre Veronalton tun, müssen mindestens ebenso berücksichtigt werden. Wenn die Partei gut genug ist, für die Genossenschaften zu arbeiten, so müssen auch ihre Druckereien ebenso in Frage kommen, wie die der Genossenschaften. (Wieslachs sehr richtig.)

Bauer (Generalkommission): Die Resolution bezieht sich nur auf Genossenschaften zur Organisation des Konsums, es kann also gar nicht davon gesprochen werden, daß für die gesamte Arbeiterkraft die Parteiverordnungen als minder berücksichtigungswürdig hingestellt werden. Daß aber die Konsumvereine ihre eigene Druckerei berücksichtigen, ist eine Forderung genossenschaftlicher Treue. Wir erkennen mit der Resolution nur das Recht an, daß die Genossenschaften Eigenproduktion treiben.

Auch dieser Punkt der Vereinbarungen (Resolution 6) wird angenommen.

Scheidt-Debesen macht auf den Bierbock (Resolution 6) aufmerksam.

Der Kongress verlegt sich dann auf Dienstag 9 Uhr vormittags. Schluß: 4 Uhr.

Kommunales.

Freiwillige Gemeinbedienstet.

Angst vor der eigenen Courage haben die Rürnberger Rathausfreiwillichen in einer Sache bedauert, die äußerlich wenig bedeutsam erscheint, aber dennoch außerordentlich bezeichnend ist. Handelt es sich um eine sozialdemokratische Anfrage auf Abänderung der dienstlichen Geschäftsordnung des Magistrats, die darauf ausgeht, eine unbedingte Pflichtigkeit bei jeder beliebigen Gelegenheit einzuführen niederzuliegen. So kann jedes Mitglied jederzeit Schlußanträge ohne weiteres einbringen und der Minister hat das Wort abschneiden lassen, wobei es schon vorgeschrieben ist, daß freiwilliche Größen, die einen Antrag der Ministerieit wollen beklämpfen, unmittelbar im Anschluß an ihre Philippika einen Schlußantrag einbringen, der natürlich auch angenommen wurde. Einer der sozialdemokratischen Anträge verlangte nun, daß Schlußanträge von drei Mitgliedern unterstügt sein müssen. Dieser Antrag wurde gerade von den Freiwillichen angenommen. Noch heftiger ging es bei dem nächsten sozialdemokratischen Antrag zu, der verlangte, daß numerische Abstimmung zu erfolgen habe, wenn fünf Mitglieder eine Forderung. Mit höchst verdächtigen Eifer gingen die freiwillichen Agitatoren ins Gefecht, um zu verhindern, daß man in späterer Zeit noch feststellen könnte, wie sie bei irgend einer Sache gestimmt haben. Die Freiwillichen waren es auch, die den Antrag schließlich niederzimmten. Ihr Verhalten ist begrifflich, wenn man bedenkt, daß sie so oft reaktionäre Beschlüsse fassen helfen, die dem sozialistischen Idealismus Ehre machen würden. Sie haben aber nicht den Mut, sich unter Umständen auch persönlich zu diesen Beschlüssen zu betennen.

Bald werden die Damen

geführt wird, weit unter Preis zu haben ist, so darf man das wohl „billig“ nennen. Eine Aufzählung der vielen Artikel ist unnötig — man weiß, daß bei Loewendahl's alles zu haben ist, was die Mode für Damen in Kostümen, Kleibern, Mänteln, Röcken, Blusen etc. bringt; eine Besichtigung der 8 großen Schaufenster gibt auch nur ein annäherndes Bild von der Mannigfaltigkeit der Vorräte. Bemerkenswert sei nur, daß Reise-Kostüme und Mäntel außerordentlich billig sind, — auch fertige Kleider für alle Zwecke! Der Ausverkauf dauert nur bis 20. Juli.

wieder billig kaufen können! Am 1. Juli fängt bei Geschw. Loewendahl der „Große Saison-Ausverkauf“ an, und wenn moderne, gute Konfektion, wie sie hier bekanntlich in der Provinz selten zu finden ist, in ungenügender Menge zu großen Ehren immer stärker geltend, Schwindet dadurch einmal die gefangene Leistungsfähigkeit der Geister, so wird gleichzeitig auch das Sozialistische Bewußtsein der Arbeiterfänger besser gepflegt und gestärkt. Diesem Zweck dienen neben der Erholung, der gerade der Arbeiter an dringenden bedürftig ist, auch die Sängerkreisen. In Berlin auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes auf die Vereinigung kleinerer Männervereine zu einem großen Chorverband hingewirkt zu haben, dieses Verdienst darf vornehmlich der Chorleiter Emil Wittenz, wohl die erste größere Anerkennung, nach Verfolgung seinen 30 Mann starken Chören unternehmen hatte. Der Versuch gelang in der Hauptstadt den Leipziger Arbeiterfängern. Auf dem Hinwege nach Berlin begriffen, hatten sie am Montag nachmittags noch für kurze Stunden bei dem Halleischen Arbeiter-

das Luftschiff hin und her, weshalb mit Rücksicht auf die dadurch bestehende Gefahr es heute entfernt werden sollte, nachdem man bereits für 3 Uhr nachmittags die Luftstige in Luftschiff genommen hatte. Zur Hilfestellung war leider aber kein geschultes Personal vorhanden. Man mußte eine Luftstige zu ungeschulten Arbeitern nehmen. Es heißt nun, daß hierbei einer der Leute gerannt habe. Stutz und gut, es entstand plötzlich eine Explosion, durch die inselnd zwölf Personen verletzt wurden, darunter drei schwer. Der Wonten wurde unter der brennenden Ballonhülle herabgeworfen, er hatte höhere Brandwunden davongetragen; das Luftschiff brannte völlig aus.

Ballonunglück in der Nordsee.

Am Sonntag morgen nach 5 Uhr wurde in Ostfriesland in niedriger Höhe über dem Meeresniveau ein Ballon gestartet, der vom Sturm in die Nordsee getrieben wurde. Später trieb die Gondel und ein Teil der Ballonhülle auf der Waddenzeebrücke. Das ausgehende Rettungsboot konnte keine Hilfe bringen, weil sich die Gondel mit valenber Gefährlichkeit fortbewegte und das Boot selbst mit dem schweren Sturm zu kämpfen hatte. Es brachte nur die Hilfe von einigen Schiffen, die mit R. B. G. 70 gezeichnet waren. Die Marine-Station der Nordsee ließ durch ein in Worderen liegendes Torpedoboot die Unfallstelle abhaken, doch blieb die Arbeit ohne Erfolg. Es muß angenommen werden, daß die beiden Luftschiffer den Tod in den Wellen gefunden haben.

Brandkatastrophen.

Eine furchtbare Feuerbrunst hat das Dorf Ruden bei Lobben in der Provinz Posen am Sonntag bemängelt. Auf dem Gehöft eines Ritters entzündete ein Brand, der in kurzer Zeit rapid um sich griff und dreizehn Gebäude in Flammen

setzte, die gänzlich niederbrannten. Ein sechsähriges Kind ist in den Flammen umgekommen. Mehrere Personen erlitten Brandwunden, der Schaden ist sehr beträchtlich. In einem Wollhaus in Antudet im amerikanischen Staate New York sind die erwachsenen Töchter zweier New Yorker Millionäre und ein Millionärsohn aus Albany elend verbrannt. Zwei Angestellte des Hauses kamen mit schweren Brandwunden davon. Das Feuer wurde durch ein weggeworfenes brennendes Zigarettenstück hervorgerufen, wodurch der fröhlichste Fußboden in Brand geriet. Die beiden Mädchen liefen in ein Zimmer, das keinen Ausgang hatte und verbrannten dort. Die übrigen im Hause anwesenden Personen sprangen ins Wasser.

Ein schweres Autosunglück.

ereignete sich am Sonntag in Passau im Erzgebirge. Ein dem Ingenieur Brühl in Dresden gehöriges Automobil fuhr in vollem Tempo gegen die Erde eines Bauerngehöftes. Die Insassen, der Ingenieur Urban aus Dresden, seine Frau und der Chauffeur, wurden herausgeschleudert. Urban erlitt einen Schädelbruch und einen Armbruch. Er starb nach wenigen Minuten in den Armen seiner Frau, die wie der Chauffeur mit leichten Verletzungen davongekommen war. Zwei Bauerfrauen, die gerade vor der Erde des Hauses im Gehärd gefunden hatten, wurden an die Hand des Hauses geschleudert und erlitten Knochenbrüche. Der Chauffeur wurde getötet.

Keines Mißgeschick. Der Fernflug München-Berlin hat der Münchener Oberringerer Vierz vom Flugplatz in Buchheim am angetreten. Dorthin will Sonntag nach Nürnberg erreichen und dort die vorgeschriebene Zwischenlandung vornehmen, um Dienstag nach der Tagesanbruch nach Leipzig und Berlin weiter zu fliegen. — Die Zyphus-

epidemie in Schneidemühl ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Im Laufe des Sonntags wurden wieder 28 neue Erkrankungen festgestellt. — Vom 6. Juni in den Tod. Auf der Eminenzgasse bei Antonie's (Schiff der Bergmann Schmiege) auf dem Bahndamm ein. Ein heranziehender Nordwestwind entfachte den Schindeln zu 2 Uhr. — 3 in 1 Kinder vom 6. Juni erschlagen. Auf dem Wege zur Ortsschule Dabrah in den Bogen wurden ein neun- und ein sechsähriger Knabe vom 6. Juni getroffen und sofort getötet. Das vierjährige Schwesterkind blieb unverletzt.

Wasserstände.

Ort	Stand	25. Juni	26. Juni	27. Juni
Altenau und Saale				
Altenau	+0,85	+0,85	—	—
Altenau	+1,94	+1,92	0,02	—
Altenau	+1,26	+1,28	—	0,02
Altenau	+2,42	+2,38	0,04	—
Altenau	—0,28	—0,22	—	0,06
Altenau	+1,34	+1,30	0,04	—
Altenau	+2,31	+2,30	0,01	—
Altenau	+0,78	+0,75	0,03	—
Altenau	+0,86	+0,81	—	0,15
Altenau	+1,44	+1,44	—	—
Altenau	—0,11	+0,06	—	0,16
Altenau				
Altenau	—1,75	—1,71	—	0,04
Altenau	+1,99	+1,99	—	—
Altenau	+1,11	+1,09	0,02	—
Altenau	+0,45	+0,43	0,02	—
Altenau	—0,63	+0,62	0,06	—
Altenau	—0,73	+0,75	0,03	—

Freitag Walhalla Abschied.
8 Uhr 20 8 Uhr 20.
Die letzte Woche die einzigen
Winter-Cymans.
Benefit-Week! Dienstag: „Turn-Sylvare“ in neuen Glanzrollen. Direktor Winter als „Schnediger Tyslan“.
Donnerstag: „Der Regimentstag“, Triumph. Vom Dienstag ab: „Der Regimentstag“, Triumph. Freitag: Glänzender Abschieds-Abend! Vorverkauf bei Sturm. Alle Vorzugskarten gültig.

Zirkus Blumenfeld.
Halle a. S. Rosspplatz.
Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Morgen, Mittwoch, den 28. Juni:
2 große Vorstellungen.
Kinder- u. Familien-Vorstellung.
Abends 4 Uhr: Kinder halbes Preis.
Grosser Sport-Abend.
Preise der Plätze: Logo 2,50, Sperrsitze 2,00, I. Platz 1,50, II. Platz 1,00, III. Platz 0,75, Gallerie 0,50, ausschließlich Billetverkauf. — Vorverkauf ohne Preiszuschlag bei den Herren Steinbrocker & Jasper, Zigarrengeschäft, Markt.

Etablissement Ballsäle Glauchaer Schützenhaus.
Mittwoch den 28. Juni abends 8 1/2 Uhr:
Frei-Konzert.
Ergabenst ladet ein Fr. Sachse.

Haarschneide-Maschinen billigst bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.
Jeden Mittwoch **Schneidest.** Herr B. Beckler, Friedrichstr. 2.
Jeden Mittwoch **Schneidest.** Herr B. Beckler, Friedrichstr. 2.
Billigste Reparatur für Kleidermacher.
Jeden Mittwoch **Schneidest.** Herr B. Beckler, Friedrichstr. 2.
Jeden Mittwoch **Schneidest.** Herr B. Beckler, Friedrichstr. 2.

Rucksäcke.
Bei der Zusammenstellung unseres Sortiments haben wir jedem Wunsche Rechnung getragen.
Sie finden eine Spezial-Ausstellung in unserer Passage 3
Wir legen besonderen Wert auf wasserdichte leichte Stoffe u. gute Verarbeitung.
C. F. Ritter.
Leipzigerstrasse 90.

Wohnungs-Einrichtungen in nur toller Ausführung
N. 400 500 600 700 800 etc.
empfeilt **G. Schaible,** Gr. eigne Werkstätten, Gr. Märkerstr. 26. Kataloge gratis und franco.

Damit jede Hausfrau die Ia. Qualität kennen lernt, liefert nur **diese Woche** zum Besten. Geden, sowie für die Tafel das, sich infolge seiner Reinheit monatlang gut haltende
Knäusels Rotoschmalz 1 Pfund nur **50 Pfg.** mit 5% Rab.
Hohe Garantie für prima allererste unübertroffene Qualität! Rein fogen. Hamb. Fab. od. Preßfcti.
Albert Knäusel Bernburgerstr. 15, Seethstr. 9, Leipzigerstr. 72, Schmeerstr. 21, Jägergasse 2.

Das Einmachen der Früchte und die Zubereitung von Fruchtsäften, Getränken, Likören etc. Ein reichhaltige Sammlung von bewährten Rezepten. Preis 30 Pfennig.
Pergamentpapier, 2 Bogen 15 Pfg. Subziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Neu! Kursbücher für Sommer 1911. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Halle a. S.** Nr. 42/43.

Apollo-Theater. Direction: Gustav Foller. Nur noch 3 Tage: **„Mein Leopold“** Volksstück m. Gesang i. 8 Akte von F. Arronge, Musik v. H. H. Emma: Fr. Tr. Capellmann - Galle a. S. als Gatt.

Speisen Sie im Gasthof 3 Könige Kleine Fleischstraße 7.
+ Broche, Andenken, + Amethyst, Eierschmuck, + Form, verleiht Sonntag von 10 Uhr abwärts, + Gansloui. Gegen Belohnung abzugeben Montag 3. Juni.

Arbeitsmarkt. Offene Stellen aller Berufe enthält gratis die Zeitung: **Deutsche Vakanz-Post, Zeilungen 184.**

Altrenommierte Restaurant, sucht tüchtige **Vertreter** gegen höchste Bezüge. Off. unter D. 2921 an Haasenstein & Vogler A.-G., Breslau.
Gausarbeiterinnen sucht **S. Frenkel, Dampplatz 9.**

Chauffeurs werden grüßlich ausgesucht. Beruf gleich. Stellenangelegenheiten kostenlos. Einmalig geschulte **Automobilführer-Schule, Werberg a. S. Gust. Engel.** (Einen Anstellungs-Gesuch-Vertrag stellt ein Königst. K.)

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Ercheint wöchentlich dreimal. Unsern Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. Ercheint wöchentlich dreimal.

Abnahmegeschäfte M. Thiele, Göbenstr. 1, p. Brunnenstr. F. Günther, Halle a. S. Brüthen, Köhlen Richard Wolf, verlag. Königstr. Brogen und Farben H. Müller, Rannischerstr. 2. H. v. Verkaufergeschäfte F. Hozniok, Kl. Ulrichstr. 15. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Reizne Oeten Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reizstr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kanze, Burgstr. 59. August Margold, Mersburgerstr. 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulrich, Bäckerstrasse 1. Handlervogel-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Selmann, Mersburgerstr. 16.	Kass- und Kochengeräte K. Euckenbogen, Rannischerstr. 12. Wasserkocher, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16. Säse und Mützen Friedrich Pilotar, Geiststr. 23. Kartonnagen W. Schnell, Wuchererstr. 40. Kaufhäuser H. Ehrhan, Leipzigerstr. 87. Rekländg.-Gegenst. i. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwaren H. Ackermann, Mersburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Wegh. Hall. Tischlermstr. Grosser Ulrichstr. 54. Photographische Ateliers Richard Schröder, Steilweg 17. Schulwaren C. Menge, Triftstrasse 1.	Schneiderel-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schlnstr. 7. Speidition, Möbeltransport G. Kistner & Co., Brunnenstr. 36. Wilk. Müller, Brunnenstr. 58. Uren- u. Goldwaren Friedrich Hofmann, Klausstr. 28. Albert Henckes, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Wels, Kleinschmidien 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. H. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Kiesel, Magdeburgerstr. 59.	Weine, Woll-, Tapeten Franz Banne, Lindenstr. 56. Zahn-Techniker Willy Hader, Nees Promenade 16. 16, vis-a-vis Leipz. Turm. Zigarrenhandlungen F. Soldmann, Königstrasse 56. Schubert, William, Zigarren und Schularikel, Lanchstädterstr. 15. Ammerdorf. Sanitäts-Drogerie, Inh.: H. H. Ammerdorf, Hallestr. 65. Hauptstr. 20. A. Hermann, Urmacher. O. Probsthays, Besz.-Rein.-Anst. W. Wäscher, Schulstr.
---	--	--	---	--	---

Gut die Inserate verantwortlich: Rob. J. Gignere — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei. (G. G. m. b. H.) — Verleger: vom. Nua. G. G. m. b. H. — Halle a. S.

